

Neuer Peugeot-Chef Calvet: Fünf Jahre jüngeren Vorgänger verdrängt

profunde Kenntnis der Ministerialbürokratie verhalfen Parayre nach oben.

Erst Berater im Vorzimmer mehrerer Minister, dann mit 33 Jahren Direktor im Industrieministerium: Der brillante junge Mann fiel den Peugeot auf, als sie mit ihm Staatshilfen bei der Übernahme des maroden Konkurrenten Citroën aushandelten.

Das Geschäft kam (nicht zuletzt dank eines staatlichen Milliardenkredits) 1974 zustande. Noch im selben Jahr wechselte Parayre zu Peugeot – mit der Aussicht, bald an die Spitze des Familienkonzerns vorzustoßen.

Die erste große Tat des Neulings war der Kauf der europäischen Chrysler-Töchter – darunter der französischen Marke Simca – im August 1978. Über Nacht wurde Peugeot zu Europas größtem Autobauer.

Doch die Übernahme brachte Peugeot an den Rand des Abgrunds. Statt die Modellpolitik der drei Konzernmarken zu harmonisieren, jagten sich Citroën, Simca und Peugeot mit ihren neuen Modellen gegenseitig die Kunden ab. Zum totalen Flop wurde die 1979 beschlossene Umbenennung von Chrysler-Simca in Talbot. Die Marktanteile sackten ruckartig ab.

1980 rutschte Peugeot erstmals ins Defizit. Seither kam der Konzern nicht mehr in die Gewinnzone. Der Traum des Autonarren Jean-Paul Parayre, der europäischen Konkurrenz weit davonzufahren, war zu Ende.

Das Debakel ganz allein Jean-Paul Parayre anzulasten wäre ungerecht. Die Chrysler-Übernahme geschah noch zu Zeiten des ungetrübten Autobooms und wurde in Frankreich zunächst bejubelt.

Wie viele andere französische Unternehmen litt der Peugeot-Konzern später dann unter der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Die seit 1981 amtierende Links-Regierung sorgte für sprunghaft steigende Arbeitskosten, beschränkte aber gleichzeitig die Preiserhöhungen auf etwa sieben Prozent im Jahr.

Die Werke von Talbot und Citroën waren überdies häufig Schauplätze von Arbeiter-Protesten. Die kommunistisch gelenkte Gewerkschaft CGT nutzte den in Talbot- und Citroën-Fabriken besonders hohen Anteil an Gastarbeitern zu gezielter Agitation. Früher galten die staatlichen Renault-Werke als gewerkschaftliches Experimentierfeld.

Dazu kam in Frankreich ein Einbruch der Autokonjunktur. So lag im Juni 1984 die Zahl der neu angemeldeten Autos um 26 Prozent unter dem Stand des Vorjahres. In der Flaute kauften die Franzosen zudem bevorzugt ausländische Marken. Im vergangenen Juni war der Anteil der Import-Autos bei 34,4 Prozent angelangt, im Juli schnellte er sogar auf 41,6 Prozent hoch.

Dabei konnte sich die Marke Peugeot noch ganz leidlich aus der Affäre ziehen. Im ersten Halbjahr 1984 schaffte sie (im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres) ein leichtes Plus von 1,4 Prozent bei den Neuzulassungen. Doch gleichzeitig fiel die Tochter Citroën um 17,4 Prozent, Talbot gar um 54 Prozent zurück.

Für die Peugeot-Leute war es da nur ein schwacher Trost, daß es auch Renault mit einem Rückgang bei den Zulassungen um 23,5 Prozent voll erwischte.

Entlassungen waren unvermeidlich. Talbot machte Ende 1983 nach langen Streik- und Sabotageaktionen den Anfang. 1905 Arbeitern wurde gekündigt.

Bei Citroën wurden vorletzte Woche 1950 Entlassungsbriefe verschickt.

Es könnten noch mehr werden. Der Regierung liegt ein unveröffentlichter Bericht einer offiziell bestellten Kommission vor, der die Zukunft ganz in Schwarz malt. Danach sollen die beiden französischen Autokonzerne Peugeot und Renault in den nächsten Jahren bis zu 70 000 Arbeitsplätze streichen. Das wäre ein gutes Viertel der jetzigen Belegschaft.

Wie da der neue Chef bei Peugeot den Konzern wieder flottmachen soll, ist schwer zu sehen. Peugeot hat Schulden von 55,2 Milliarden Franc, bei einem Konzernumsatz von 85,2 Milliarden und einem Verlust von 2,6 Milliarden im vergangenen Jahr.

Vielleicht kommt dem Ex-Bankier Calvet zugute, daß er den Ruf eines knallharten Verhandlungspartners hat, der es auch mit revoltierenden Gewerkschaftern aufnimmt. Die jüngste Entlassungsaktion bei Citroën jedenfalls, die Calvet mit Regierung und Gewerkschaften aushandelte, lief vergleichsweise reibungslos ab.

Schon nach ein paar Tagen Agitation und Streik in der Fabrik des Pariser Vororts Aulnay-sous-Bois piffen die Gewerkschaftsführer ihre Anhänger zurück. Man müsse, so ließen sie wissen, erst „neue Formen der Aktion bestimmen“.

MAROKKO

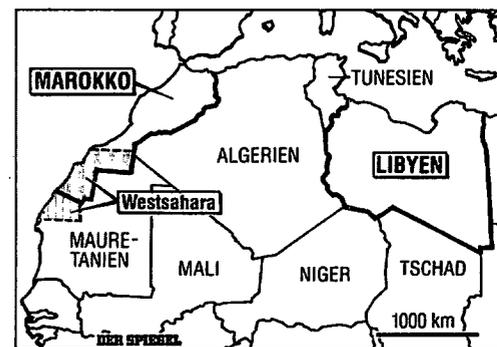
Liebes Volk

Die Idee zur „Union“ mit Gaddafis Libyen kam von König Hassan II. Er hofft, den für ihn ruinösen Krieg um die Westsahara beenden zu können.

Die Emissäre aus Libyen, die im Sommerpalast von Casablanca dem König Hassan II. von Marokko gegenüber saßen, vernahmen Ungeahntes.

Eben hatten sie die Routineklage ihres Herrn Muammar el-Gaddafi über die ständig größer werdende Uneinigkeit der Araber vorgetragen, da kam dem König, offenbar „ganz spontan“, die Idee: „Fangen wir doch mit der Einheit an.“

Einen Monat später erfuhr die Welt, daß beide Länder – die westlich orientierten



tierte, bettelarme, konservative Monarchie Marokko und das antiwestliche, ölfreiche, revolutionssüchtige Libyen – sich in einer „Arabisch-Afrikanischen Union“ miteinander vereint hätten.

Nicht nur er, sondern auch Gaddafi, so berichtete König Hassan im marokkanischen Fernsehen seinem „lieben Volk“, sei „vor Glück und Aufregung“ ganz ergriffen gewesen. Kein Wunder: Bis vor kurzem noch waren beide Herrscher unter allen miteinander verfeindeten arabischen Brüdern die verbissensten Gegner. Und das Gebiet des neuen Staatenbundes ist durch 2000 Kilometer Algerien getrennt – ihre „Union“ schien eine arabische Fantasia sondergleichen.

So widernatürlich der Bund zwischen den Ex-Erzfeinden Gaddafi und Hassan auch ist, er erregte in West und Ost, am meisten aber im arabischen Lager selbst, Verwirrung: Man hatte wohl dem unru-

nur eins vorstellen: Teilhabe am Wohlstand des Ölstaates Libyen. Viele von ihnen waren vor neun Jahren mit auf den „grünen Marsch“ gezogen. Doch die Hoffnung, durch diese nationale Tat auch Brot und Arbeit zu finden, trog.

Der nach der Rückgewinnung der Sahara für Marokko erhoffte Wirtschaftsaufschwung blieb bislang aus. 1975 noch hatten königliche Planer euphorisch errechnet, daß die menschenleere, aber rohstoffreiche Wüste dank der dort lagernden Phosphatvorräte jedem Marokkaner monatlich bald 1000 Dirham (320 Mark) einbringen können.

Das Gegenteil trat ein: Seit neun Jahren wendet das Königreich ein Drittel seines Staatshaushaltes allein zur Verteidigung der Wüste gegen die von Algerien und Libyen unterstützte Befreiungsbewegung Frente Polisario auf. Wegen des Krieges konnten die Phosphatvorrä-

drängen sich die Wellblechbuden sogar schon bis dicht an den königlichen Golfplatz in Rabat, der laut Prospekt „der erregendste Golf-Platz der Welt“ ist.

Der Anblick dieser Armen muß den Monarchen dann wohl mal gestört haben. Denn in einem Ausbruch von Selbstkritik klagte Hassan öffentlich, in keinem Land der Welt sei die soziale Ungerechtigkeit so groß wie in Marokko, und nur noch die Finanzhilfe reicher Freunde wie Saudi-Arabien und der USA könne Katastrophen verhindern.

Gegen spontanen Sozialprotest weiß sich die Regierung nur noch mit Hilfe der Armee zu wehren. Die schießt dann auf hungrige Demonstranten, wie 1981 in Casablanca oder im Januar 1984 in Nador.

Die Union mit Libyen hat den Hungernden neue Hoffnung gegeben, und Hassan II. ist wieder der Größte. Auf Volksfesten wird seine Weisheit gefeiert – wegen der Dürrekatastrophe meist ohne das übliche Hammel-Opfer.

Seit die Marokkaner Gaddafi auf ihrer Seite wissen, ist auch die Hoffnung auf Frieden im ruinösen Krieg um die Sahara gewachsen. Bislang nämlich war Gaddafi der Einpeitscher der Polisario-Guerilla gegen Marokko und ihr Waffenlieferant. Nunmehr mit Marokko verbündet, ermahnt der wetterwendische Gaddafi seine früheren Schützlinge an die arabische Einheit: nicht gegen Hassan marschieren, sondern mit ihm gegen das ferne Israel.

Gaddafi hat seinen Abfall von der Polisario noch nicht öffentlich erklärt. Klar aber ist, daß ihm andere Rebellen längst wichtiger geworden sind: die seines Günstlings Gukuni Weddei im Tschad, die mit seiner Hilfe die derzeitige Tschad-Regierung bekämpfen.

Was Hassan die Polisario, ist Gaddafi der Tschad. Der Marokkaner, der in Afrika schon öfters die Rolle der Feuerwehr des Westens spielte, weigerte sich diesmal, dem Wunsch Frankreichs und der USA zu folgen und Truppen zur Stützung der Tschad-Regierung gegen Gaddafis Rebellen zu schicken.

Umgehend bedankte sich Gaddafi, indem er der Polisario seine Unterstützung entzog – auf einem so klaren Interessenausgleich hat noch niemals eine Staatenfusion unter Arabern basiert.

Unruhe und Hektik an der Peripherie waren die Folge. Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand maß der veränderten Situation in Nordafrika so große Bedeutung bei, daß er seinen Außenminister Cheysson nach Algerien und Tunesien, seinen Verteidigungsminister Hernu in den Tschad entsandte, wo Frankreich 3300 Soldaten stationiert hat, um Gaddafi Paroli zu bieten. Mitterrand selbst wurde zweimal in aller Heimlichkeit bei König Hassan vorstellig.

Und Frankreichs Alliierte fanden noch keine Antwort auf die Frage, ob nur der bisherige West-Freund Hassan Einfluß



Marokko-König Hassan II.: Teilhabe an Gaddafis Reichtum?

higen Revolutionsprediger Gaddafi, nicht aber dem konservativen Autokraten Hassan eine solche Idee zugetraut.

Dabei lag der Schachzug für Hassan nahe: Er hofft, sich dadurch aus innenpolitischer Not wie außenpolitischer Isolierung zu befreien.

Erleichtert konnte er feststellen, daß das „Herz seines Volkes und sein eigenes unisono schlagen“, so Innenminister Driss Basri: Mit Ostblock-Einmütigkeit hatten 99,97 Prozent der Marokkaner per Volksabstimmung ja gesagt zu der seltsamen Union mit Libyen.

Ähnlich wie vor neun Jahren beim „grünen Marsch“ in die Westsahara – 350 000 Marokkaner hatten damals die ehemalige spanische Kolonie durch Fußmarsch friedlich besetzt – war die Bevölkerung auch diesmal in einen nationalen Begeisterungstau mel verfallen.

Unter ihrer „Union“ mit Gaddafi können sich die armen Marokkaner bislang

te von Bu-Kraa bislang nur sporadisch abgebaut werden.

Eine Bevölkerungsexplosion wie kaum sonstwo auf der Welt – in zehn Jahren stieg die Zahl der Marokkaner von 16 auf 22 Millionen – und eine drei Jahre lange Dürre ruinierten Marokkos Wirtschaft vollends. 9,4 Millionen Marokkaner erreichen nach einer Studie der Weltbank nicht einmal das Überlebens-Minimum, das für Marokko auf täglich 1,14 Mark pro Familie festgesetzt ist.

40 Prozent der Marokkaner sind arbeitslos. Da fiel es den Politikern des Königs leicht, den Menschen während der Kampagne für das Referendum zu erläutern: „Die brauchen jetzt Arbeitskräfte in Libyen.“ Die ersten 15 000 Gastarbeiter sollen schon in den nächsten Wochen abreisen.

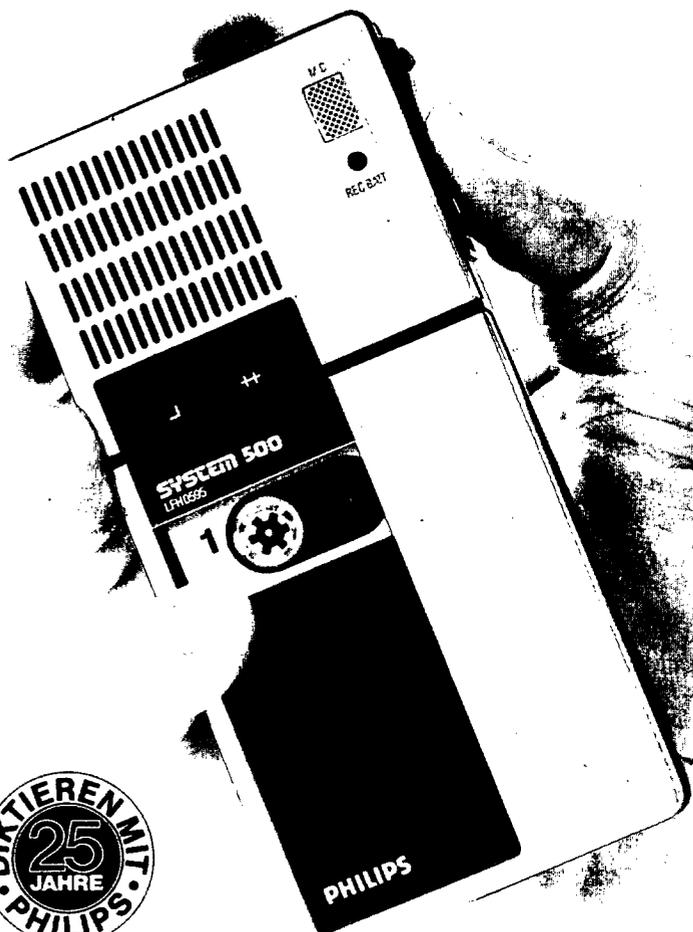
20 Prozent der Marokkaner leben in Slums, die meisten rings um die Industriestadt Casablanca. Inzwischen aber



PHILIPS

Das „Merken“ intelligent gelöst

Mit dem Philips 595 Pocket Memo setzen Sie klar hörbare Zeichen, wo immer Sie sprechen: zwei deutlich unterscheidbare Signale für Textanfang/Ende und für besondere Bemerkungen. Das Merken und das Finden leicht gemacht: Für Sie – und natürlich Ihre Sekretärin.



25 Jahre Intelligenz im Büro

Bitte schicken Sie mir „Erfahrungen mit Philips Pocket Memos“ und Bezugsquellen b. Bürofachhandel.
Philips Data Systems GB Bürotechnik S 3
Postfach 10 53 23 2000 Hamburg 1

Philips Kommunikations Industrie AG



Data Systems

TEKA DE Fernmeldeanlagen

F & G Nachrichten-kabel und -anlagen

auf Gaddafi ausüben und ihn, etwa in der Tschad-Frage, mäßigen werde oder ob umgekehrt Gaddafi den bislang maßvollen Hassan zu einer schärferen Außenpolitik, etwa im Nahostkonflikt, überreden könne.

Diese Frage stellt man sich vor allem in Washington, wo zumal Artikel 12 des Unionsvertrages für Aufregung sorgte: Käme es beispielsweise zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den USA und Libyen, wie er bei dem Flugzeug-Zwischenfall 1981 über der Großen Syrte drohte, müßte sich das von den USA bislang so gehätschelte Marokko ebenfalls von Washington angegriffen fühlen.

Und bei einem etwaigen neuen Krieg im Nahen Osten hat Washington bislang voll auf das Militärabkommen mit Marokko von 1960 gesetzt. Danach dürfen US-Truppen jederzeit auf jeder marokkanischen Basis landen.

Daß durch die Staatenunion im Maghreb trotz aller Unberechenbarkeit Gaddafis ein neuer Machtschwerpunkt entstehen könnte, alarmierte sogar das ferne Syrien. Dessen Präsident Assad, der sein eigenes Land für die Führungsmacht Arabiens hält, flog, obschon erst vor kurzem von schwerer Krankheit genesen, nach Algier und sagte den Polisario-Rebellen vorsorglich an Libyens Stelle Unterstützung und Waffen zu.

Algerien, Marokkos traditioneller Konkurrent um die Vormachtstellung im Maghreb, zeigte sich über den spektakulären Pakt besonders entsetzt – vor allem über den Anspruch Marokkos und Libyens, mit ihrer „Union“ den ersten Schritt zu einem „großen Maghreb“ getan zu haben.

Denn zuvor schon hatten Algerien, Tunesien und Mauretanien ein Kooperationsabkommen mit demselben Ziel unterzeichnet. Statt Einheit droht nun erst einmal die Spaltung des Maghreb in zwei Lager – und wieder einmal ist Gaddafi dabei.

Vieles deutet darauf hin, daß Algerien und Syrien die Polisario-Rebellen jetzt neu ausrüsten werden, um Marokko, das sich in der annektierten West-Sahara inzwischen durch drei gewaltige Erd- und Steinwälle erfolgreich gegen die von Mauretanien aus operierenden Guerilleros wehrt, nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Marokko aber glaubt im Jubel über die Vereinigung mit dem mächtigen Gaddafi vorerst an Frieden – und geht wählen: König Hassan hat die seit 1981 wegen dem Sahara-Krieg immer wieder verschobenen Parlamentswahlen auf kommenden Freitag angesetzt und versprochen, persönlich zu garantieren, daß sie nicht gefälscht würden.

Das Versprechen war wohl nötig: Dank massivster, kaum verhüllter Fälschungen waren bei den letzten Wahlen 1977 die Anhänger des Königs glänzende Sieger geworden.